

Antrag Nr. 22-F-63-0036

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Einsatz von Open-Source (OS) IT-Lösungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Wahrung der digitalen Souveränität
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 11.05.2022 -

Antragstext:

Der IT-Planungsrat der Föderalen Kommission zur IT-Kooperation (FITKO) des Bundes hat die „Strategie zur Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der Öffentlichen Verwaltung“ veröffentlicht. Darin führt der Planungsrat aus, dass in der öffentlichen Verwaltung hohe, zum Teil kritische Abhängigkeiten zu einzelnen Technologieanbietern bestehen. Dies birgt die Gefahr, die Kontrolle über die eigene IT zu verlieren und u. a. Informations- und Datenschutz gemäß nationalen und EU-weit gültigen Vorgaben nicht mehr gewährleisten zu können. Auch das Bundesinnenministerium (BMI) sieht dadurch dringenden Handlungsbedarf hinsichtlich einer grundlegenden Veränderung in der IT.

Besonders die Bereiche Frontend (insb. Büro-Software wie Microsoft Office und Teams) und Backend (insb. Datenbanken, Identitätsverwaltung, Client-Backend und Virtualisierung wie Oracle-Datenbanken oder Microsoft Active Directory) werden als kritisch bewertet. Um diese Abhängigkeiten zu verringern, empfiehlt sowohl der IT-Planungsrat als auch der Beauftragte der Bundesregierung für Informationssicherheit den Einsatz alternativer insb. Open-Source-basierter IT-Lösungen. Eine Abfrage, welche OS-Lösungen in Bund, Ländern und Kommunen bereits eingesetzt werden, hat eine Liste von über 300 OS-Lösungen in der öffentlichen Verwaltung (ÖV) hervorgebracht, die direkt in der ÖV eingesetzt werden können.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu erläutern, welche OS-Lösungen bereits in der LHW in den folgenden Bereichen genutzt werden:
 - a. Frontend (insb. Büro-Software)
 - b. Backend (insb. Datenbanken, Identitätsverwaltung, Client-Backend und Virtualisierung)
- 2) zu erläutern, welche Anstrengungen unternommen wurden, um Abhängigkeiten zu verringern.
- 3) zu berichten, ob es bei der LHW ein zentrales Monitoring von OS-Lösungen gibt, um im Falle einer Neubeschaffung von Software-Lösungen auf dieses gesammelte Wissen zurückgreifen zu können.
- 4) falls es dieses Monitoring noch nicht gibt, dieses Monitoring einzurichten.
- 5) bei der Beschaffung von IT-Lösungen zukünftig zu prüfen, ob es gleich- oder höherwertige Lösungen aus dem OS-Bereich gibt.
- 6) falls zukünftig IT-Lösungen beschafft werden sollen, die nicht aus dem OS-Bereich kommen darzulegen, welche OS-Lösungen geprüft wurden und warum diese nicht gleich- oder höherwertig sind.

Antrag Nr. 22-F-63-0036
Grüne, SPD, Linke und Volt

Wiesbaden, 11.05.2022

Prof. Dr. Johannes Luderschmidt
Sprecher für Digitalpolitik
(Bündnis 90/Die Grünen)

Linda Marschall
Fraktionsreferentin
(Bündnis 90/Die Grünen)

Aman Yoseph
Fachsprecher
SPD - Fraktion

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin
SPD - Fraktion

Lukas Haker
Fachsprecher
(Fraktion Die Linke)

Jasper Klos
Fraktionsreferent
(Fraktion Die Linke)

Achim Sprengard
Fachsprecher
(Volt Fraktion)

Sascha Kolhey
Fraktionsreferent
(Volt Fraktion)